

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 8, 2024

1. Niedersachsen

1.1. Oldenburger Bischof Adomeit kritisiert Verschärfung der Flüchtlingspolitik

Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Thomas Adomeit, warnt in der Debatte um eine Verschärfung der Flüchtlingspolitik (s.u. 2.1.) davor, das Asylrecht auszuhöheln.

„Das Grundrecht auf Asyl immer stärker infrage zu stellen, ist keine Lösung“, sagte der Oldenburger Bischof in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst. Er plädierte dafür, bestehende Regeln konsequent anzuwenden anstatt etwa Geflüchtete an den Grenzen zurückzuweisen oder schnellere Abschiebungen zu propagieren. „Wenn es gelingen würde, Asylverfahren zügig und gleichzeitig sorgfältig durchzuführen, wäre das aus meiner Sicht wichtiger als die Maßnahmen, die jetzt sehr kurzfristig veranlasst werden.“

Er könne verstehen, wenn Bürger angesichts zahlreicher Krisen und Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Corona-Pandemie und dem Ukrainekrieg verunsichert seien, betonte Adomeit. Auch die Aufnahme von Geflüchteten sei eine große Herausforderung. Manche Menschen hätten die Befürchtung, dass Arbeitsplätze oder der bezahlbare Wohnraum nicht für alle reichten. Er glaube jedoch nicht, dass sich durch eine Verschärfung von Maßnahmen, von denen nicht klar sei, ob sie überhaupt wirkten, die Stimmung in der Gesellschaft verändern lasse, sagte der Bischof. „Wir sollten Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einen guten Raum zum Leben geben. Schicksale und Härten von Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“

Die Politik müsse sich auch fragen, warum Abschiebungen augenscheinlich so oft bei gut integrierten jungen Menschen durchgesetzt würden, es aber nicht gelinge, Straftäter abzuschieben. Adomeit forderte die politischen und gesellschaftlichen Akteure auf, die Probleme gemeinsam anzugehen. „Und da ist Migration ein Thema unter mehreren.“ Die Kirchen sollten daran mitarbeiten und sich auch weiterhin an die Seite derjenigen stellen, die keine Stimme und keine Lobby hätten ([mehr](#)).

1.2. Gesellschaft für bedrohte Völker fordert entschlosseneren Einsatz gegen Islamismus

Anlässlich der Debatte nach dem Anschlag von Solingen (s.u. 2.1.) hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor „weiteren unüberlegten und populistischen Entscheidungen“ gewarnt.

„Die Ampel-Regierung sowie die Union nutzen die aktuelle Diskussion um Abschiebungen als Ablenkungsmanöver“, sagte der Nahost-Referent der GfbV, Kamal Sido, in Göttingen. „Anstatt das Problem des Islamismus und das Erstarken des politischen Islam zu bekämpfen, wurden und werden Deals mit islamistischen Regierungen gemacht und islamistische Milizen und Gruppen unterstützt.“ Es sei „unverantwortlich, jahrzehntelang Islamisten als Gesprächspartner zu haben und jetzt aus wahltaktischen Gründen Politik auf dem Rücken der Opfer des Islamismus zu machen“.

Zu diesen Opfern zählten religiöse und ethnische Minderheiten wie Christen, Mandäer, Bahai, Hazara, Aleviten, Drusen, Juden, Kopten, aber auch Muslime und insbesondere Frauen, so Sido. Sie müssten von Deutschland unterstützt und geschützt werden. Stattdessen würden Muslime wie die Kurden in Syrien, die sich tagtäglich nicht nur dem IS, sondern allen Formen des radikalen Islam entgegenstellten und ihn bekämpften, von Deutschland und anderen EU-Regierungen im Stich gelassen.

„Die Ampel, aber auch die CDU/CSU müssen im Umgang mit islamischen Ländern einen neuen Kurs einschlagen, um Islamismus zu bekämpfen“, sagte Sido. Gleichzeitig müsse offengelegt werden, ob Deutschland islamistische Gruppen im Ausland mitfinanziere ([mehr](#)).

1.3. Was sonst noch war

– Niedersächsischer Landtag mit „Free Gaza“-Parolen beschmiert ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Solingen: Entsetzen nach Messer-Attentat mit drei Toten; Debatte um Abschiebungen

Bei einem Stadtfest in Solingen hat ein Mann mit einem Messer drei Menschen getötet und acht teils lebensgefährlich verletzt.

Als Tatverdächtigen nahm die Polizei einen 26-jährigen Syrer fest. Er habe sich selbst gestellt, teilte die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf mit. Der Mann soll im Dezember 2022 nach Deutschland gekommen sein und einen Asylantrag gestellt haben. Nach der Ablehnung des Antrags hätten die Behörden versucht, den Mann abzuschieben, hieß es. Das sei daran gescheitert, dass man den Syrer in seiner Flüchtlingsunterkunft nicht angetroffen habe.

„Das war Terrorismus, Terrorismus gegen uns alle“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch am Tatort. Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) und Vertretern der Landesregierung legte Scholz Blumen am Tatort nieder. Zugleich kündigte er eine Verschärfung des Waffenrechts an. Das gelte insbesondere für Messer, aber auch für „viele andere Dinge drumherum, die geregelt werden müssen“, so der Kanzler. „Das soll und das wird jetzt auch ganz schnell passieren.“

Der Bundeskanzler reagierte damit auf Kritik an seiner Migrationspolitik. Bereits im Juni nach einem tödlichen Messerangriff in Mannheim ([mehr](#)) hatte er angekündigt, die Abschiebung von schwerstkriminellen und terroristischen Gefährdern nach Afghanistan und Syrien wieder zu ermöglichen. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz forderte nun einen generellen Aufnahmestopp für Geflüchtete aus Syrien und Afghanistan. Zugleich müsse der „anhaltende illegale Zustrom von Migranten“ insgesamt begrenzt werden ([mehr](#)).

Der „Islamische Staat“ reklamierte den Anschlag von Solingen für sich. Der Angriff habe einer „Gruppe von Christen“ gegolten, hieß es in einer Mitteilung des IS-Propaganda-Organs „Amaq“ im Onlinedienst Telegram. Dies sei aus „Rache für Muslime in Palästina und anderswo“ geschehen ([mehr](#)).

Mehrere deutsche muslimische Verbände verurteilen den Anschlag. Zugleich warnten sie vor einem Generalverdacht gegen Syrer oder Muslime insgesamt. „Unsere religiöse Lehre widerspricht jedweddem Terror, ganz egal von wem er ausgeht und ganz egal, gegen wen er sich richtet. Wir stehen an der Seite der Opfer und stellen uns gegen die Täter“, sagte der Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Ali Mete. Ähnlich äußerte sich der DITIB-Bundesverband ([mehr](#)).

2.2. El Yazidi Interimsvorsitzender des Zentralrats der Muslime

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Aiman Mazyek, hat sein Amt auf eigenen Wunsch vorzeitig niedergelegt. Wie zuvor angekündigt, trat Mazyek Ende Juni zurück.

Als Interimsvorsitzender habe der bisherige Generalsekretär Abdassamad El Yazidi die Führung des Verbands übernommen, teilte der ZMD mit. „Bis dann demnächst die Wahl abgehalten wird“, habe er das Amt inne. „Ich blicke mit Hochachtung, Respekt und großem Dank auf die engagierte und erfolgreiche Arbeit von Herrn Mazyek für die Muslime und unsere Gesellschaft. Möge Gott seine Verdienste anerkennen und seinen Einsatz belohnen“, sagte El Yazidi. Der ZMD bleibe „auch weiterhin bestrebt, sich für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen, für die Muslime in Deutschland, für den friedlichen Zusammenhalt unserer demokratischen Gesellschaft und interreligiösen Dialog stark zu machen.“

Mazyek stand insgesamt 22 Jahre lang an der Spitze des Zentralrats, zunächst als Generalsekretär und dann als Vorsitzender. Er sei zuversichtlich, „dass Herr El Yazidi den ZMD in dieser Übergangsphase und darüber hinaus erfolgreich führen wird“, so Mazyek zum Abschied ([mehr](#)).

Der Interimsvorsitzende El Yazidi war seit 2016 Generalsekretär des Zentralrats. Er wurde 1975 im hessischen Langen geboren. Bis 2019 habe er als leitender Angestellter in einem Logistikunternehmen am Flughafen Frankfurt gearbeitet, teilt der ZMD auf seiner Internetseite mit. Darüber hinaus sei er Gemeindevorsteher der Moad ben Jabal Moschee in Pfungstadt gewesen ([mehr](#)).

2.3. Bremen präzisiert Regeln für Bestattungen auf muslimischen Gräberfeldern

Die Freie Hansestadt Bremen hat die Regeln für muslimische Gräberfelder präzisiert. Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft habe mit den muslimischen Religionsgemeinschaften ein Konsenspapier unterzeichnet, „das es erleichtern soll, auch zukünftig weiterhin geeignete kommunale Flächen für solche Felder zur Verfügung zu stellen“, teilte die Senatspressestelle mit.

Im Islam gelten grundsätzlich strenge Regeln für Bestattungen. Nach diesen Regeln dürfen Verstorbene nur auf Flächen bestattet werden, die zuvor noch nicht als Grab genutzt wurden. Hier sollen sie auf ewig ruhen. In der Praxis hieße das, dass ein Grab weder aufgelöst noch neu belegt werden darf. Das aber ist in einem kleinen Land wie Bremen auf längere Sicht kaum möglich.

Das nun unterzeichnete Konsenspapier ermögliche es, „in sehr engem Rahmen und im Benehmen mit den Vertretern der islamischen Glaubensgemeinschaft auch Flächen in den Blick zu nehmen, auf denen bereits Menschen muslimischen Glaubens beigesetzt wurden“, teilte der Senat mit. „In einer Stadt, in der Flächen generell sehr begrenzt vorhanden sind, ist die Suche nach geeigneten Flächen für ein muslimisches Gräberfeld nicht ganz leicht. Daher bin ich sehr froh, dass die muslimischen Religionsgemeinschaften mit uns einen sehr konstruktiven Prozess gestaltet und wir so einen Konsens gefunden haben“, sagte der zuständige Staatsrat bei der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, Jan Fries.

Auch die muslimischen Gemeinschaften begrüßten die Vereinbarung. „Jedes Jahr finden hunderte muslimische Bestattungen in unserer Heimatstadt statt. Die heute unterzeichnete Vereinbarung bildet eine gute und verlässliche gemeinsame Basis für die Anforderungen an zukünftig zu erweiternde und neu zu entwickelnde muslimische Gräberfelder, um den stetig steigenden Bedarf an muslimischen Begräbnissen zu gewährleisten“, so der Vorsitzende der Schura Bremen, Murat Çelik ([mehr](#)). Nach Schätzungen leben in Bremen etwa 50.000 Muslime.

2.4. Radikalisierung im Internet: Medienaufseherin fordert Gegenmaßnahmen

Mit Blick auf die zunehmende Radikalisierung im und durch das Internet hat die Bremer Medienaufseherin Cornelia Holsten ein gesellschaftliches Umdenken und Gegenmaßnahmen gefordert.

„Wir beobachten, dass die Menschen sich an respektlose, beleidigende und auch strafbare Inhalte auf Social Media gewöhnt haben“, sagte die Direktorin der Bremischen Landesmedienanstalt dem Evangelischen Pressedienst. Sie resignierten, mit dem Gefühl, „dass sie da sowieso nichts gegen machen können“. „Desinformation, Hasskommentare und Radikalisierung können sich immer weiterverbreiten, weil die gesellschaftliche Empörung fehlt“, warnte Holsten.

Menschen müssten dazu befähigt werden, diese Dinge nicht einfach so hinzunehmen, beispielsweise über Schulungen und Workshops, so Holsten. „Medienkompetenz betrifft uns alle. Sei es zum Beispiel zu wissen, wo und über welche Accounts ich meine Nachrichten beziehe, woran ich Fake News erkennen oder wie ich mit Hassrede oder drastischen Inhalten umgehen kann.“ Die Strategien, mit denen Menschen auf Plattformen wie TikTok radikalisiert würden, seien subtil und teils hoch professionell. Die Produzenten wüssten genau, was zu tun ist, um in die Timeline der Nutzerinnen und Nutzer zu gelangen. „Angst, Wut, Empörung – das liebt der Algorithmus.“ Außerdem führten diese Gefühle in einen Zustand, in dem die Menschen dazu neigten, „den Verstand auszuschalten und viel leichter auf Weiterleiten und Liken klicken.“

Grundsätzlich seien Krisen und Kriege sowie Gefühle von Unsicherheit und Ängste ein Katalysator für Extremisten, so Holsten weiter. Die Sehnsucht nach einfachen Antworten spiele radikalen Kräften in die Karten. „Die werden dann geliefert, verbunden mit einem Gefühl von Zuverlässigkeit, Sicherheit, Zugehörigkeit, Vertrauen.“ Das sei auch für diejenigen attraktiv, „die Diskriminierungserfahrungen gemacht haben und dann aus dieser Verletzung heraus feststellen: Hier wird mir zugehört, hier bin ich einer von den vielen“ ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Hamburg: Ehemaliger Leiter des Islamischen Zentrums Hamburg, Mohammad Hadi Mofatteh, verlässt Deutschland nach Ausweisungsverfügung ([mehr](#))
- Verwaltungsgericht Düsseldorf: Verbot der Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ bei Demonstrationen in Duisburg und Düsseldorf war rechtmäßig ([mehr](#))
- Leipzig: Drei-Religionen-Schule geplant ([mehr](#))
- Bremen: Verfahren gegen Pastor Olaf Latzel eingestellt ([mehr](#)).

3. Video

Ahmadiyya Muslim Jamaat – Was ist das?

Religionen im Gespräch, Basics (6)

Gast: Jawad Ahmad, Imam der Ahmadiyya Muslim Jamaat Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

4. Veranstaltungen

Dialogbegleiter*in Christentum-Islam

Multiplikatorenschulung

24.1.2025–24.5.2025 (6 Termine), Haus Ohrbeck, Georgsmarienhütte

Veranstalter: Katholische Erwachsenenbildung Osnabrück

Dozent:innen: Michael Schober, Neslihan Akbulut-Belmahi, Ihlam El Morabiti, Birgit Lemper ([mehr](#)).

5. Literatur: Neuerscheinungen

C. Guttstadt u.a. (Hg.), Antisemitismus in und aus der Türkei, Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg 2023.

Hannover, den 26.9.2024

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.